

**Kommentar der Neuen Aktion**  
**Die Maske beim Schallschutz am BER ist gefallen.**  
**Sie können es nicht!**

KomLärmsch241112

Die Maske ist gefallen – jetzt müssen nur noch die Hosen herunter

Es kam, wie es kommen musste. Wer - wie Wowereit (SPD) und Platzeck (SPD) mit dem Komparsen Ramsauer (CSU) - unfähig ist, einen halbwegs brauchbaren Großflughafen zu bauen und in Betrieb zu bekommen, der kapituliert auch an Festlegungen zum Lärmschutz für über 20 000 Immobilien, die er selber schon 2004 in einem Planfeststellungsbeschluss zum Nonplusultra einer Großtat propagiert hat. Flughafen wie Lärmschutz sollten Superlative sein, Einmaligkeitscharakter weltweit haben. So wie Zug um Zug die Pleiten und Pannen beim Bau herauskamen, so kommt jetzt Zug um Zug heraus, dass der propagierte Superlativ des Lärmschutzes für die Immobilie, eher für sicherlich 50 000 Fluglärm-betroffene erforderlich, auch im Sumpf von Unfähigkeit untergeht.

Großkotzig hatten Wowereit und Platzeck den Lärmschutz für die betroffenen Menschen als Gesundheitsschutzpolitik verkauft. Mit Inbetriebnahme können die Menschen ohne Störung der Nachtruhe und ohne Kommunikationsstörung in ihrem Heim leben! Denn sie bekommen erstklassigen Schallschutz, wunderbare schallisolierte Fenster, schallisolierte Wintergärten und, wenn es sein muss, dann auch schallisolierte Dächer! Alles darf bis zu 30% des Verkehrswertes des Hauses kosten.

Viele naive Zeitgenossen hatten sich dann auch schon darauf gefreut, dass sie einmalig 4000 € bekommen.

Jetzt steht fest: es wird nichts aus diesem Programm der Superlative. Die Gesellschafter des Verursachers, der Flughafengesellschaft (FBB), müssen auch beim Schallschutz ihr Versagen eingestehen. Sie bekommen diesen Schallschutz bis zur Inbetriebnahme des BER, wie sie selbst sagen, überhaupt nicht umgesetzt und organisiert. Ihr Lautsprecher, Staatssekretär Brettschneider (SPD), verkündet nun (Berliner Zeitung 23.11.12) „Dann zahlen wir eben Geld aus“. Diese neueste Kapitulationserklärung müssen Betroffene und Öffentlichkeit ernst nehmen. Brettschneider lenkt - als politischer Beamter -, was sein Herr – Platzeck - denkt. Was bei diesem Denken herauskommen wird, ist ein Chaos, das in weiteren Gerichtsverfahren, Ungerechtigkeiten in der Höhe des ausgezahlten Geldes, Belastungen für die Betroffenen und in fast unlösbaren Problemen enden wird. Sie werden nicht nur Opfer des Fluglärms,

sondern insbesondere Opfer eines politischen Denkens, das sich in frühkapitalistischen Kategorien aufgehalten hat. Übersetzt im Klartext heißt die Aussage „Dann zahlen wir eben Geld aus“: da habt ihr den Mist. Schaut mal, ihr dummen Betroffenen, wie ihr mit dem Schallschutz fertig werdet - wir schaffen es nicht.

Unerträglich ist die öffentlich zugegebene rücksichtslose Verfügung über das Geld Anderer, nämlich über unser Steuergeld. Ohne jede Scham leben diese Platzecks und Brettschneiders nicht nur von diesem - unserem - Geld. Nein! - Sie werfen es noch in ein Fass ohne Boden, das sie selber aufgestellt haben. Menschen mit Charakter und Verantwortungsgefühl würden sich schämen, wenn sie nur solche Gedanken hätten. Die Platzecks und Brettschneiders schreiten zur Tat. Das passt zu frühkapitalistischem Denken, kombiniert mit sozialistischem Handeln. Kapitalisten der ersten industriellen Revolution haben sich genau so rücksichtslos beim „kleinen Mann“ bedient, wie es die Sozialisten aller Prägungen in der Neuzeit ebenfalls tun.

### **Worum geht es im Kern beim Schallschutz?**

Es geht auch um das Schutzziel 55dB(A) in geschlossenen Räumen. Es geht auch um den neuen Betrugsversuch der Platzecks, aus der rechtlichen, gerichtsbestätigten Festschreibung von 55dB(A) jetzt 55,5dB(A) zu machen, um auf diesem Weg Millionen Euro zu Lasten der Betroffenen und zum Segen der Flughafenprofiteure sicherzustellen.

Nach Wowereit und Platzeck geht es aber zuallererst um den Schutz des Eigentums von Airlines und Flughafen. Es geht um die Sicherstellung von Profiten, der sich alles unterordnen muss. Das gilt insbesondere für die von den Folgen Betroffenen, die hier Opfer sind. Bis zur Inkaufnahme gesundheitlicher Schäden müssen sie sich dem Recht auf Profit beugen. Das gilt auch für Schutzrechte von Menschen, die im Interesse von aus dem Ruder gelaufenen Politikern als zweitklassig abgestuft werden, weil sie auch im konkreten Fall eines rechtlich zugesicherten Lärmschutzes die Profitinteressen nicht gefährden dürfen. Ganz im Sinne von Profitinteressen legalisieren wir den Rechtsbruch, so ist ihr Denken, geboren aus Arroganz und Menschenverachtung. Dieses so mit Mitteln der Machtpolitik durchgesetzte Zweiklassenrecht der Beurteilung von Eigentums- und Schutzrechten zeigt eine Missachtung der Verfassung, die ihresgleichen sucht.

Die Herabstufung des Eigentums in Wert und Nutzung ist eine eigentumsfeindliche Maßnahme, die in Bananenrepubliken noch erklärbar ist und dort auch praktiziert wird. Im konkreten Fall BER zeugt diese Maßnahme von einer verfassungsfeindlichen Haltung ohne Achtung vor dem Eigentum und der Leistung, die zum Eigentum geführt hat.

Schlimmer noch muss diese Verfassungsfeindlichkeit gewertet werden, wenn man registriert, dass die vom Fluglärm betroffenen Immobilien und die in ihnen wohnenden Menschen nur einmal (mit 4000 Euro) entschädigt werden sollen. Opfer der Entwertung und der Verurteilung zu einem Leben in schallgeschützten Häusern mit Ventilatorbelüftung werden Generationen von Menschen, weil der BER für 100 Jahre ihr Schicksal sein soll. Dazu haben sie auch noch die Perspektive der Gesundheitsgefährdung bei steigender Zunahme des Fluglärms durch ausufernde Fliegerei. Diesen Menschen wird angedeutet: keine Sorge, die Flugzeuge werden immer leiser. Diese verlogene Behauptung kennt man hinreichend. Sie beantwortet die Frage nicht, warum der Fluglärm in der regionalen Fläche, in Quantität und Qualität immer größer wird. Diese verlogene Behauptung ändert auch nichts an der Tatsache, dass die Lebensqualität, die Umwelt und die Erholungsgebiete, irreparabel beschädigt werden. Frevelhaft ist dabei die Spekulation auf Vergesslichkeit und verkümmertes Denken in der Zukunft. Die Vorstellung: 100 Jahre Auseinandersetzung um die Folgen einer Fehlentscheidung für einen gewiss notwendigen Flughafen ist für bestimmte Politiker die Befriedigung ihrer masochistischen Ader und des Drangs nach Wichtigkeit. Weil sie die Betroffenen weiter belügen, ihr Schicksal schön schwätzen, sind sie wichtig, auch für die Medien und ihre verkrusteten Parteiapparate.

### **Der ehrliche und machbare Ausweg**

Eine ehrliche, verfassungstreue, die Gesundheit und die Eigentumsrechte beachtende Politik hat hier nur zwei Wege. Entweder sie verständigt sich mit den Betroffenen auf eine Absiedlung, wissend, dass diese auch als Vertreibung gewertet werden kann, oder sie gibt den Standort BER-Schönefeld auf. Die wirtschaftlich vernünftige und für den Steuerzahler günstigste Lösung besteht aus: Aufgabe des Standortes, dessen Nachnutzung und dem Neubau eines Großflughafens an einem raum- und nachbarschaftsverträglichen Standort.

Die Kosten der Absiedlung zuzüglich der für die nächsten 100 Jahre anfallenden Kosten aus Lärmschutz, Verkümmern von Wohngebieten und ewigen Auseinandersetzungen zwischen Betroffenen und Politik sind weitaus höher als die Finanzierungskosten für einen neuen Flughafen. Weil diese Tatsache unwiderlegbar ist, ist die Ankündigung „dann zahlen wir eben“ nur noch peinlich, auch wegen ihrer Dummheit.

Die Redaktion der Neuen Aktion